



NICOLETTE KRESSL, MDB PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN

Herrn  
Dr. Alexander Dill  
Basel Institute of Commons and Economics

Per Mail: [DILL@COMMONS.CH](mailto:DILL@COMMONS.CH)

Berlin, 18.11.2010

## Ihre Mail zur Tilgung der deutschen Staatsschuld

Sehr geehrter Herr Dr. Dill,

für Ihre Mail danke ich Ihnen. Sie haben einen Vorschlag zur Soforttilgung der deutschen Staatsschuld erarbeitet.

Das von Ihnen ins Feld geführte Instrument der Vermögensabgabe in Höhe von 20 Prozent ist allerdings nicht der Weg, den ich oder auch meine Fraktion gehen möchte – unter anderem aufgrund der verfassungsrechtlichen Bedenken, die sich daran anknüpfen. Jedoch steht für uns fest, dass starke Schultern mehr tragen müssen als schwache – dass also Vermögende stärker in die Pflicht genommen werden müssen, wenn es darum geht, den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft zu wahren.

Wir haben sowohl durch die Einführung und grundgesetzliche Verankerung der Schuldenbremse im Jahr 2009 als auch jüngst durch unseren Parteitagsbeschluss in Berlin aufgezeigt, welche Lösungsansätze wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verfolgen. In unserem Leitantrag heißt es: „Wir bekennen uns zu einer wachstums- und konjunkturorientierten Konsolidierungspolitik bei Einhaltung der Schuldenbremse.“ Die Schuldenbremse war unumgänglich geworden, da wir auch und gerade in Verantwortung für die künftigen Generationen einen gesamtwirtschaftlich klugen und soliden Ausgabenpfad nachhaltig gehen müssen. Und dieser Weg braucht ein Element der Verbindlichkeit hinsichtlich des Schuldenabbaus – gerade in konjunkturell guten Zeiten. Deshalb warnen wir vor diesem Hintergrund auch vor Steuersenkungen, wie sie die schwarz-gelbe Bundesregierung immer wieder ins Feld führt, da sie den Prozess des Schuldenabbaus verlangsamen und wichtige Investitionen wie z.B. in Bildung, soziale Sicherungssysteme und Infrastruktur verhindern.



Eine solide Konsolidierungspolitik beinhaltet für uns u.a. folgende Maßnahmen, die wir ebenfalls auf unserem Parteitag beschlossen haben:

- Wir wollen den Spitzensteuersatz von 42% auf 49% anheben – ab einem zu versteuernden Einkommen von 100 000 (Ledige) bzw. 200.000 Euro (Verheiratete). Diese Mehreinnahmen sollen vornehmlich in den Ausbau besserer Bildung und Betreuung investiert werden. Denn Bildung ist der Schlüssel zu einemeigenen existenzsichernden Auskommen und somit der beste Schutz vor Armut.  
Diese Maßnahme flankiert die so genannte Reichensteuer von 45 Prozent, die aktuell erst ab einem Einkommen von 250.000 Euro fällig ist.
- Auch die Wiedereinführung einer privaten allgemeinen Vermögenssteuer gehört zu unseren Forderungen.
- Die Abgeltungssteuer von 25 Prozent auf Kapitaleinkünfte soll angehoben werden.
- Wir wollen die schwarz-gelben Steuerbegünstigungen für Hoteliers, reiche Erben und große Unternehmen rückgängig machen und dadurch 5,6 Milliarden Euro im Jahr an Mehreinnahmen für Bund, Länder und Gemeinden erzielen.
- Wir wollen die Verantwortlichen der Finanzkrise an den Kosten beteiligen. Dies können wir am besten durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer erreichen. Durch einen Satz von 0,05% je Transaktion ließen sich allein für Deutschland Einnahmen von – je nach Ausgestaltung – 12 bis 40 Milliarden Euro erzielen.

Zu Ihrer Information finden Sie anbei der SPD-Parteitagsbeschluss „Deutschland besser regieren! Neuer Fortschritt – Unser Projekt für ein faires Deutschland“.

Mit freundlichen Grüßen

Nicolette Kressl, MdB

Anlage